





# Zeit für Familien!?

## Familienzeitpolitik als Politikfeld im europäischen Vergleich

Europäisches Fachgespräch der Arbeitsgemeinschaft  
der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.  
am 17. Juni 2014 in Berlin

### Inhalt

|  |    |
|--|----|
| Hintergrund  | 4  |
| Zentrale Erkenntnisse des Fachgesprächs  | 5  |
| Zeit für Familien  | 6  |
| Zeit als Dimension von Familienpolitik: Einblicke in die EU-Mitgliedstaaten  | 7  |
| Fallbeispiel Deutschland   | 7  |
| Fallbeispiel Beneluxstaaten  | 10 |
| Fallbeispiel Nordische Staaten   | 13 |
| Taktgeber Arbeitswelt: Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit<br>von Familie und Beruf im europäischen Vergleich | 16 |

*Die vorgestellten Powerpoint-Präsentationen der Referent/innen stehen auf der Website  
der AGF zum Download bereit – unter <http://www.ag-familie.de/home/termine.html>.*



## Hintergrund

Die Frage nach mehr Zeit im Alltag beschäftigt Familien europaweit tagtäglich. Vor diesem Hintergrund folgten zahlreiche Expert/innen aus Politik, Verbänden und verschiedenen europäischen Staaten der Einladung der AGF und diskutierten das Thema Zeit für Familien. Im Fokus des Gesprächs standen Möglichkeiten für einen ganzheitlichen Ansatz einer Familienzeitpolitik, wie zum Beispiel in Deutschland, und potenzielle Übertragbarkeiten zwischen europäischen Staaten.

### Familienzeitpolitik

In Deutschland ist spätestens seit dem 7. Familienbericht „Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit“ „Zeit“ als ein entscheidendes Kriterium für das Wohlergehen von Familien erkannt worden. So bedürfe Familienpolitik eines Dreiklangs aus Zeit, Geld und Infrastruktur. Der 8. Familienbericht hat sich 2012 speziell mit der Dimension Zeit befasst, sodass nicht zuletzt dadurch der Faktor Zeit in der allgemeinen Diskussion zu Familienpolitik stark an Bedeutung gewonnen hat. Der 8. Familienbericht „Zeit für Familie“ empfiehlt die Einführung einer sogenannten Familienzeitpolitik. Deren Handlungsfelder sind:

- die Stärkung der Zeitsouveränität von Familie, das heißt der eigenen Einflussmöglichkeiten auf die Verwendung von Zeit;
- eine gerechtere Umverteilung von Zeit zwischen Männern und Frauen sowie in den verschiedenen Lebensphasen;
- die Verbesserung der Synchronisation von Zeitstrukturen der den Familienalltag beeinflussenden Taktgeber.

Ein Grundgedanke der Familienzeitpolitik ist, dass Familien unterschiedlichen Zeitstrukturen alltagsbestimmender Institutionen wie Beruf, Schulen oder Kitas, Behörden und anderen Dienstleistern in besonderer Weise ausgesetzt sind. Vor diesem Hintergrund bedürfen sie gezielter und verlässlicher Unterstützung.



Expert/innen aus Politik, Verbänden und verschiedenen europäischen Staaten folgten der Einladung der AGF und diskutierten das Thema „Zeit für Familien“.

## Zentrale Erkenntnisse des Fachgesprächs



|  |   |
|--|---|
| Familienzeitpolitik in dieser Ausdrücklichkeit nur in Deutschland                      | Lediglich in Deutschland gibt es einen Begriff für Familienzeitpolitik.   |
| Auch ohne expliziten Begriff in anderen Staaten Maßnahmen für Zeit für Familie         | In den betrachteten europäischen Staaten wird eine Fülle an familienpolitischen oder auch arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen umgesetzt, die direkten positiven Einfluss auf Zeit für Familie haben.  |
| Ansatzpunkte und Voraussetzungen sind unterschiedlich                                  | In den Staaten wird auf unterschiedliche Bereiche fokussiert: Einige sind eher wohlfahrtsorientiert, andere eher an der Arbeitswelt. Dazu haben unterschiedliche Arten von Wohlfahrtsystemen Einfluss auf die Ausgestaltung von Familienpolitik und deren Maßnahmen.                    |
| Verschiedene Wohlfahrtssysteme in den Benelux-Staaten                                  | Belgien und Luxemburg gehören zu den konservativen Wohlfahrtsstaaten, die Niederlande haben ein liberales Wohlfahrtssystem. Dementsprechend sind auch die familienpolitischen Maßnahmen unterschiedlich.  |
| Arbeitswelt als möglicher Vorreiter  | Als zentraler Taktgeber von Familien kann die Arbeitswelt eine Vorbildfunktion hinsichtlich familiengerechter Zeitstrukturen einnehmen und so andere Gesellschaftsbereiche zum Umdenken bringen.  |
| Partnerschaftlichkeit  | Auch in Skandinavien, wo das Gleichheitsprinzip Grundlage politischen Handelns ist, besteht noch keine gleichberechtigte Verteilung von familiären Sorgaufgaben und Erwerbstätigkeit zwischen Männern und Frauen.   |
| In allen Staaten werden Antworten auf zeitliche Herausforderungen durch Pflege gesucht | Die Herausforderungen und die zeitliche Belastung, denen sich pflegende Angehörige gegenübersehen, sind häufig größer als bei Erwerbstätigen mit Kinderbetreuungsverantwortung.   |
| Mutterschutz in Skandinavien   | Eine strikte Trennung von Mutterschutz und Elternzeit gibt es in Skandinavien nicht. So besteht zwar ein Beschäftigungsverbot von im Allgemeinen zwei Wochen (gemäß der EU-Richtlinie) jedoch kein weiterer gesetzlicher Mutterschutz.  |
| Übertragbarkeit von zeitpolitischen Maßnahmen  | Einzelne Maßnahmen können nicht ohne Reflexion vorherrschender Rahmenbedingungen eins zu eins übernommen werden, weil sie stets vor dem Hintergrund landestypischer Entwicklungen und Gegebenheiten entstanden sind. Im schlimmsten Fall werden ansonsten gegenteilige Effekte erzeugt. |
| Kinder- und familienbewusste Kultur ist Grundlage                                      | Gerade in den nordischen Staaten hilft die familienbewusste Kultur der Gesellschaft im alltäglichen Familienleben.  |



## Zeit für Familien



„Die Familie sollte den Takt vorgeben.“

Siegfried Stresing,  
Geschäftsführer des  
Deutschen Familien-  
verbandes (DFV) e.V.

In seiner Einführung skizzierte Siegfried Stresing, wie stark der heutige Alltag aller und insbesondere der von Familien durchgetaktet ist. So sei es kein Wunder, dass im Zusammenhang mit dem Elternsein öfter Begriffe wie „Zeitmanagement“ und „Logistik“ fallen würden. Die wichtigsten Taktgeber einer Familie seien jedoch eigentlich die Familienmitglieder selbst, so Stresing. Daher sei die Verbindung von Zeit und Familie etwas Besonderes: Sie ist elementar für das Wohlbefinden und Wohlergehen von Familien – von Eltern und Kindern gleichermaßen. Dies sei eine Gemeinsamkeit aller Familien, unabhängig davon, in welchem Land sie lebten und davon, wie unterschiedlich die weiteren Ausgangslagen seien. Zahlreiche europaweite Umfragen und Studien bestätigen, dass trotz all der unterschiedlichen wirtschaftlichen Ausgangslagen Familien oftmals unzufrieden mit der Zeit sind, die sie gemeinsam als Familie verbringen können.

Siegfried Stresing stellte kurz dar, dass die Dimension Zeit in der deutschen Familienpolitik einen großen Stellenwert hat. Dies wurde spätestens mit dem 7. Familienbericht der Bundesregierung offensichtlich. Der 2012 folgende 8. Familienbericht konzentrierte sich ausschließlich auf das Thema Zeit für Familien und hat eine Fülle an Zeitkonflikten aufgedeckt und Handlungsempfehlungen gegeben. Insgesamt zeige sich der Stellenwert von Zeit auch darin, dass es in Deutschland mit „Zeitpolitik“ einen eigenen Begriff geben würde.

Stresing betonte, dass auch in diesem Fachgespräch zu Recht die Arbeitswelt als häufiger Bezugspunkt herangezogen würde. Denn sie sei häufig der zentrale alltagsbestimmende Taktgeber. Familien hätten den Eindruck, sie müssten ihr Familienleben an den Bedürfnissen der Arbeitswelt ausrichten, statt dass sich Arbeitsverhältnisse an ihrem Familienleben orientierten.

Auch die AGF habe sich bereits intensiv mit diesen Themen auseinandergesetzt und werde dies auch weiterhin tun. Für die Familienverbände läge der Fokus auf der Perspektive der Familien: Die Familie sollte den Takt vorgeben! In diesem Sinne hätten die Familienverbände gemeinsame Positionen zum 8. Familienbericht, zu einem Rückkehrrecht nach Reduzierung zurück zur ursprünglichen Arbeitszeit mit Bevorzugung von Familien erstellt und würden aktuell die Frage von Arbeitszeitkonten und prekären Arbeitsverhältnissen aus Sicht der Familien erarbeiten.

Ansatzpunkte zur Verwirklichung der Wünsche von Familien nach mehr Zeit gibt es für Stresing auf vielen Ebenen – im kommunalen Bereich, in der Arbeitswelt oder im persönlichen Umfeld. Für das Fachgespräch sei daher sehr interessant, wie es den einzelnen europäischen Staaten gelingen würde, Familien ein Mehr an gemeinsamer Zeit zu ermöglichen; ob Zeit in anderen Staaten als ein eigenständiges Thema behandelt würde und wie eine Familienzeitpolitik aussehen könnte.

# Zeit als Dimension von Familienpolitik: Einblicke in die EU-Mitgliedstaaten



## Fallbeispiel Deutschland

In seinem Input stellte Dr. Thomas Metker dar, welchen Stellenwert die Dimension Zeit in der deutschen Familienpolitik hat und wie die Entwicklung hin zu ersten Ansätzen einer eigenständigen Familienzeitpolitik verlaufen ist. So sei Zeit bereits in der vergangenen Legislaturperiode ein sehr wichtiges Thema gewesen und auch aktuell spiele sie eine zentrale Rolle. Leitend sei dabei, dass eine moderne Familienpolitik sich an der Lebenswirklichkeit der Familien zu orientieren habe.



## Wunsch und Wirklichkeit

So zeigten verschiedene demoskopische Untersuchungen, dass zeitliche Aspekte wie etwa flexiblere Arbeits- oder Betreuungszeiten nach Ansicht der Bevölkerung im Allgemeinen und von Eltern mit Kindern unter 18 Jahren im Besonderen die Lebensqualität von Familien verbessern würden. Auch würden sich viele Mütter gern beruflich mehr engagieren, während Väter häufig weniger Zeit mit ihren Kindern verbrächten, als sie sich eigentlich wünschten. Dies spiegle sich in dem Wunsch vieler Eltern nach einer partnerschaftlichen Aufteilung von Erwerbs- und Hausarbeit wider. 60 Prozent der Eltern mit Kindern im Alter von ein bis drei Jahren wünschten sich, dass beide Partner im gleichen Umfang erwerbstätig sind und sich gleichermaßen um Haushalt und Familie kümmern. Allerdings würden nur 14 Prozent die erstrebte gleichmäßige Aufteilung der Erwerbstätigkeit erreichen. Wunsch und Wirklichkeit klafften also stark auseinander und daher müsse eine moderne Familienpolitik die Partnerschaftlichkeit bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärker in den Fokus nehmen.

„Eltern wünschen sich eine partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit. Doch Wunsch und Wirklichkeit klaffen stark auseinander. Zeit ist hier entscheidend.“

Dr. Thomas Metker,  
Referatsleiter im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

## Familienzeitpolitik wird vor Ort gemacht

Zeitpolitik sei ein Teil deutscher Familienpolitik, die der Trias von Geld, Zeit und Infrastruktur folge. So setze sich die moderne Familienpolitik der Bundesregierung aus wirksamen finanziellen Leistungen, verlässlicher Qualitätszeit und bedarfsge rechter Infrastruktur zusammen. Auf strategischer Ebene finde sich Familienzeitpolitik insbesondere im 8. Familienbericht, dem Pilotvorhaben Zeitpolitik des Bundesfamilienministeriums und der Demografiestrategie der Bundesregierung wieder. Auch die Einführung des ElterngeldPlus, die Familienpflegezeit, die Initiative „Familienbewusste Arbeitszeiten“ und die Bearbeitung des Themas „kommunale Familienzeitpolitik“ im Rahmen der Bürgermeister-Initiative „Neue Zeiten für Familie“ würden mehr zeitliche Flexibilität für Mütter und Väter schaffen beziehungsweise initiieren.

Ein wichtiger Aspekt der Dimension Zeit sei der, dass Zeit für Familien insbesondere durch die Gegebenheiten vor Ort beeinflusst würde. Unter Berücksichtigung dieses zentralen Moments habe das BMFSFJ 2012 das Pilotprojekt „Kommunale Zeitpolitik für Familien“ an fünf Standorten Lokaler Bündnisse für Familie, ebenfalls eine Initiative des Bundesfamilienministeriums, gestartet, erläutert Dr. Metker weiter.



## Konkrete Ansätze der Pilotstandorte

Die Lokalen Bündnisse für Familie würden aufgreifen, dass Zeitpolitik zum einen vor Ort gemacht und zum anderen eine große Bandbreite von Akteuren benötigen würde. Die Pilotstandorte seien so ausgewählt, um die unterschiedlichen Gegebenheiten von beispielsweise ländlichem und städtischen Raum, Groß- und Kleinstadt, Landkreis und Kommune oder auch sozioökonomischen Kriterien im Blick zu haben. Hauptaugenmerk der im Rahmen der bis 2013 geförderten Projekte sei die Analyse von Zeitstress bedingenden Faktoren und die Entwicklung möglicher Lösungswege gewesen.

Hierzu sind die Familien vor Ort befragt und andere Beteiligungsformate für Familien erprobt worden. Dabei habe sich der Eindruck bestätigt, dass Zeitstress insbesondere durch plötzlich eintretende Notfälle wie beispielsweise im Krankheitsfall sowie durch ungenügende Synchronisation von Arbeitszeiten, Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen oder Schulen, Ämtern, Ärzten, Handel, Taktungen im öffentlichen Nahverkehr und anderem entstünden. Die Ursachen für Zeitstress seien an allen Standorten sehr ähnlich.

Entsprechend hätten sich vor Ort sieben Handlungsfelder kommunaler Familienzeitpolitik wie „flexible Bereitstellung von Dienstleistungen/Versorgung“, „gute Betreuungs-, Bildungs-, Pflegeinfrastruktur nach Maß“, „familienbewusste Arbeitswelt, Ausbildung und Studium“ sowie „bürgernahe und serviceorientierte Verwaltung“ herauskristallisiert. In diesen hätten die Pilotstandorte bereits Lösungen umgesetzt, wie zum Beispiel Notfallbetreuungsangebote, flexiblere Kita-Öffnungszeiten, haushaltsnahe Dienstleistungen, Einführung einer aktiven Willkommenskultur für neu zugezogene oder neu gegründete Familien oder auch die Stärkung selbstständiger Mobilität von



Die Frage nach mehr Zeit im Alltag beschäftigt Familien europaweit tagtäglich.



Kindern. Diese Maßnahmen hätten gezeigt, dass die Lebensqualität von Familien verbessert würde und auch Kommunen ebenso wie Unternehmen von dieser Form aktiver Standortpolitik profitierten. Die Erfahrungen und Erkenntnisse der Pilotstandorte seien in dem Praxisleitfaden „Kommunale Zeitpolitik für Familien“ zusammengestellt worden, der die Umsetzung erleichtern solle. Eine Kosten-Nutzen-Analyse, die bis Ende 2016 beendet sein soll, solle den Nutzen konkret beziffern und Argumente für eine kommunale Familienzeitpolitik an die Hand geben.

## Anschließende Diskussion: Kommunale Familienzeitpolitik zur Massenbewegung machen

Wie kann es gelingen, dass aus dem Modellprojekt kommunale Familienzeitpolitik eine bundesweite oder gar europaweite Massenbewegung wird? Eine Antwort auf diese in der Diskussion zentrale Frage: durch Best-Practice, intensiven Austausch und Kommunikation. So sollten der Leitfaden zum Modellprojekt und auch die geplante Kosten-Nutzen-Analyse als Argumentationshilfen für „Überzeugungstäter/innen“ vor Ort dienen. Denn es hänge derzeit zu häufig vom Engagement einzelner ab, dass Familienzeitpolitik lokal in den Blick genommen wird. So sei die Unterstützung durch das Stadtoberhaupt zentral. Damit Familienzeitpolitik gelingt, sei es zudem wichtig, einzelne Aspekte wie die Qualität der Kinderbetreuungsangebote oder die Schnittstellenproblematik von unterschiedlichen Zuständigkeiten der Verwaltung im Blick zu haben.

Um Familienzeitpolitik auch über die Grenzen Deutschlands hinweg verstärkt zum Thema zu machen und den Erfahrungsaustausch zu stärken, wurde das Einbeziehen des Themas in bereits bestehende Städtepartnerschaften angeregt. So stellte sich im Laufe der Diskussion heraus, dass es in Spanien sogenannte „time banks“ gibt. Dabei handelt es sich um eine Art bürgerschaftliche Initiativen, in denen Leistungen gegen andere Leistungen beziehungsweise Zeit – nicht Geld – erbracht werden. Und auch wenn es das Konzept bereits seit mehreren Jahren gibt, erfreue es sich durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise aktuell noch größerer Beliebtheit. Von ihren Erfahrungen im hohen Norden berichtete Frau Anna Kokko vom finnischen Familienverband Västölitto über ein Projekt mit Unternehmen zur Lage von Arbeitszeiten und zeitlichen Abläufen. Wichtig sei es, so ihre Erfahrung, die Unternehmen einzubeziehen. Diese müssten einen Kulturwandel vollziehen und die Vorzüge familienorientierter Arbeitszeiten für sich erkennen, dann würden auch andere Institutionen ihre Angebote und Leistungen auf den Prüfstand stellen und an die zeitlichen Bedarfe von Familien anpassen. Doch neben den institutionellen Akteuren, die ihrerseits Einfluss auf Zeit für Familien nehmen können, hätten auch die Familien eine Eigenverantwortung: Familien und insbesondere Eltern müssten lernen, Prioritäten zu setzen und „nein“ zu sagen.





## Fallbeispiel Beneluxstaaten



“It’s time to care about time!”

Dr. Fred Deven, Ko-Koordinator des International Network on Leave Policies & Research und Berater

Dr. Fred Deven eröffnete seinen Input mit einem Rückblick in die Historie der Beneluxstaaten. So erläuterte er zunächst, dass die Beneluxstaaten – Belgien, Luxemburg und die Niederlande – ein politisches Konstrukt nach dem zweiten Weltkrieg seien. Zwar sei die Vereinbarung zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit nach der europäischen Einigung größtenteils hinfällig, doch die politische Zusammenarbeit der drei Staaten sei weiterhin von großer Bedeutung. Obwohl die Beneluxstaaten stets in enger Zusammenarbeit verbunden waren und sind, hätten sich die Staaten familienpolitisch unterschiedlich entwickelt.

### Voraussetzungen für Familienpolitik der einzelnen Beneluxstaaten

So hätten sich historisch bedingt verschiedene Wohlfahrtssysteme herausgebildet: Belgien und Luxemburg gehörten zu den konservativen Wohlfahrtsstaaten, die Niederlande hätten ein liberales Wohlfahrtssystem. Entsprechend dieser verschiedenen systemischen Basis der drei Staaten seien auch verschiedene familienpolitische Maßnahmen umgesetzt worden, die ihrerseits wiederum zu jeweilig verschiedenen Entwicklungen geführt hätten.

So zeigten die von Dr. Deven präsentierten Daten deutliche Unterschiede bei der Beschäftigungsquote von Müttern mit Kind(ern) unter drei Jahren beziehungsweise zwischen drei und fünf Jahren sowie hinsichtlich der Beschäftigungskonstellationen von Paaren mit Kind(ern) unter zwei Jahren. In den letzten Jahren sei beispielsweise die Frauenerwerbsquote in den Niederlanden deutlich stärker gestiegen als in Belgien und Luxemburg. Der sogenannte „Gender Inequality Index“ (ein von der UN entwickelter Index zur Messung der Ungleichheit der Errungenschaften für Männer und Frauen) sei in den Niederlanden mit „1“ äußerst gering, während Belgien einen Indexwert von 12 und Luxemburg sogar von 26 aufwies. Auch in den Beschäftigungskonstellationen von Paaren mit Kind(ern) unter zwei Jahren offenbare sich ein Unterschied. So weisen Belgien und Luxemburg ähnliche Zahlen auf: In beiden Staaten sind zwei vollzeitbeschäftigte Elternteile die häufigste Form – 37 Prozent in Belgien und 38 Prozent in Luxemburg. In den Niederlanden hingegen sind nur in 0,6 Prozent der Paare mit Kind(ern) unter zwei Jahren beide Partner vollzeiterwerbstätig. Dort ist das favorisierte Modell (59 Prozent), eine Vollzeitstelle mit einer Teilzeitstelle zu kombinieren.

### Familienpolitische Maßnahmen in den Beneluxstaaten

Die Beneluxstaaten böten im Allgemeinen eine große Bandbreite an Unterstützungsmaßnahmen für Kinder und ihre Familien mit von Staat zu Staat unterschiedlichen Schwerpunkten an. Dr. Fred Deven betonte, dass es sich bei den bestehenden Maßnahmen zwar um familienpolitische Maßnahmen, nicht jedoch explizit um familienzeitpolitische handle. So böten die Niederlande ein vielfältiges Angebot an Programmen und Maßnahmen, das in seiner Gesamtheit sehr komplex sei. Eine herausragende Errungenschaft für Familien sei die Stärkung der Teilzeitarbeit. Hierin seien die Niederlande europäische Vorreiter, so Dr. Deven, insbesondere weil auch bereits ein großer



Teil der weiblichen Führungskräfte in Teilzeit arbeiten würde. Um den Arbeitsmarkt anzukurbeln, hatte die niederländische Regierung das Recht auf individuelle Arbeitszeitverkürzung eingeführt. Neben der Belegung des Arbeitsmarktes hatte dies – als Nebeneffekt – einen deutlich positiven Einfluss auf die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei Müttern und Vätern.

Eine weitere politische Maßnahme in den Niederlanden sind Lebensarbeitszeitkonten. Seit 2006 können Beschäftigte bis zu 12 Prozent ihres Bruttolohnes ansparen, um damit zukünftige Auszeiten zu finanzieren. Diese Auszeiten können sowohl für Pflegezeiten, Erziehungsurlaub, Bildungsurlaub oder anderen, sonst unbezahlten Urlaub verwendet werden. Ziel der Lebensarbeitszeitkonten sei es, eine bessere Work-Life-Balance zu schaffen und die Arbeitsmarktpartizipation zu erhöhen, so Dr. Deven.

Für die familienpolitischen Maßnahmen in Luxemburg wiederum sei es charakteristisch, dass Familienzeit noch weniger im Vordergrund stünde, sondern stattdessen monetäre Leistungen. Im Vergleich zum EU-Durchschnitt sind die Ausgaben für Familienleistungen in Luxemburg höher als in anderen Mitgliedstaaten. Es soll ein angemessener Lebensstandard durch die Kombination verschiedener finanzieller Leistungen gegeben werden. Dazu zählen Kindergeld, Steuervergünstigungen, Bildungszuschüsse und Geburtenzulagen. Nach Dr. Deven sind die Wirkungen für mehr Familienzeit indirekt: Eine bedarfsorientierte Einkommensunterstützung führe zur Verbesserung des Familieneinkommens und somit bleibe mehr Zeit für die Familie.

Im Jahr 2006 wurden zudem die sogenannten Kinderbetreuungsgutscheine (Chèques-Service Accueil) eingeführt, die die Kosten für die Kinderbetreuung von Kindern unter 13 Jahren senken sollen. Es werde darauf abgezielt, zum einen Eltern Erwerbstätigkeit zu ermöglichen und zum anderen allen Kindern die gleichen Chancen zu bieten. Alleinerziehende Eltern würden aufgrund von Prioritätsregeln und (indirekt) durch die Einkommensabhängigkeit der Gutscheine besonders gefördert.

Die belgischen Maßnahmen, so Dr. Deven weiter, spezialisieren sich stark auf eine familienfreundliche und Chancen-gleichberechtigte Politik. Dazu zähle auch der sogenannte „Career Break“, eine Unterbrechung der Berufstätigkeit, welcher in den 1980er Jahren eingeführt wurde. Danach sollen Mütter und Väter die Möglichkeit haben, aus familiären Gründen das Erwerbsvolumen zu reduzieren oder mit der Erwerbstätigkeit zeitweise ganz auszusetzen – zu jedem Zeitpunkt im Lebensverlauf. Bescheidene Pauschalzahlungen reduzieren den Einkommensausfall. Damit soll die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben erleichtert werden.

Weiterhin betonte Dr. Deven, dass Belgien führend in der Vorschulerziehung sei. Frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung sei einer der Schwerpunkte belgischer Familienpolitik. So hätten Eltern die Möglichkeit, ihr(e) Kind(er) ab einem Alter von drei Jahren in eine kostenlose Vorschuleinrichtungen zu geben. Diese böten in Kombination mit Horteinrichtungen sehr gute Öffnungszeiten. Viele Belgische Eltern nutzten diese Möglichkeit bereits für ihre Kinder ab einem Alter von 2,5 Jahren, wenn auch nur in einem geringen Stundenumfang, so Dr. Deven.



## Visionen für eine Familienzeitpolitik

Dr. Fred Deven beendete seinen Input mit einem Aufruf für eine konkrete Familienzeitpolitik der Beneluxstaaten und skizzierte pointiert, wie eine solche aussehen könnte. Es sei Zeit, sich mehr um die Zeit zu kümmern: Mutterschaftsurlaub soll als Gesundheits- und Wohlfahrtsmaßnahme von 20 Wochen bestehen. Elternzeit soll als Sorgemaßnahme für jeweils vier Monate für Väter, vier Monate für Mütter und vier Monate gemeinsam als Familie gelten. Im Falle der Erkrankung eines Kindes im Alter bis 12 Jahren sollen die Eltern Anrecht auf 60 Tage Auszeit haben. Doch müsste der Wandel noch weit über diese Basismaßnahmen hinaus gehen und insbesondere Familienzeit stärker in den Blick nehmen.

In Dr. Devens Vision soll es einen Ausschuss zum Thema Zeit und Wohlbefinden geben. Er soll über die Entwicklungen und Implementierung eines die Lebensverlaufsperspektive berücksichtigenden Ansatzes informieren und mit Expert/innen aus verschiedenen Bereichen wie zum Beispiel Kinderrechte, Bildung und Umwelt zusammenarbeiten. Ziel müsse es sein, dass Zeit künftig partnerschaftlich so verteilt wird, dass Eltern mehr Zeit mit der Familie verbringen können. Dr. Deven ging sogar soweit, konkrete Meilensteine festzulegen: So sei der erste Schritt auf dem Weg zur Verwirklichung seiner Vision, dass bis 2017 Väter 33 Prozent der möglichen Elternzeittage nehmen und bis 2022 sogar 50 Prozent. Zudem müssten bis 2017 20 Prozent des Erziehungspersonals in Kindertageseinrichtungen Männer sein, bis 2022 soll ihr Anteil auf 40 Prozent ansteigen.

### Anschließende Diskussion: Partnerschaftlichkeit ist der Weg

Die Diskussion im Anschluss war geprägt durch große Zustimmung zum Thema Elternzeit. Insbesondere der Vaterschaftsurlaub wäre geeignet, die partnerschaftliche Aufteilung von familiären Sorgaufgaben auf beide Geschlechter zu befördern und würde somit Chancen für Mütter wie Väter eröffnen. Auch sollten Eltern nicht für ihre Kinder bestraft werden, indem sie aufgrund ihrer Erwerbstätigkeit keine Zeit mit ihnen verbringen können.

Zudem wurde das Thema Teilzeiterwerbstätigkeit erneut betont. Grundsätzlich sei dies für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf förderlich, doch gebe es in mittelständischen und kleinen Unternehmen häufig Hürden, familienorientierte Maßnahmen umzusetzen. Dabei seien genau diese Unternehmen am Wichtigsten, denn bei ihnen würde häufig das Gros aller Beschäftigten in Staaten angestellt sein.

## Fallbeispiel Nordische Staaten

Dr. Gerda Neyer eröffnete ihren Input mit einer knappen Gegenüberstellung der zwei Hauptaspekte von Zeitpolitik. So gebe es bereits seit dem 19. Jahrhundert Zeitpolitik. Dabei sei es vornehmlich zunächst um Arbeitszeitpolitik gegangen. Die „Betreuungszeitpolitik“, also Elternzeit und „Kinderbetreuungszeit“ (hierunter fielen auch das deutsche Betreuungsgeld), sei erst in den letzten Jahren verstärkt in den Blick genommen worden.

### Gleichheit als Grundprinzip nordischer Familienpolitiken

Um die zeitpolitischen Maßnahmen für Familien der nordischen Staaten (Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland und Island) besser einordnen zu können, führte sie weiter aus, dass es in diesen Ländern vorrangig um das Prinzip der Gleichheit – insbesondere der Geschlechtergleichheit – ginge. So sei es beispielsweise bereits in den 1890er Jahren im Rahmen internationaler Frauenkongresse zu Diskussionen zwischen den Vertreterinnen der nordischen Länder und denen Deutschlands bei der Frage nach Beschäftigungsverböten im Rahmen von Mutter- und Frauenschutz gekommen. Denn diese widersprechen der geschlechtergleichen Erwerbsbeteiligung im Lebensverlauf. Entsprechend sei das Modell der „Zweierdienenden-Familie“ auch das traditionelle Modell nordischer Staaten. Und auch in Bezug auf die Kinderbetreuung zielten die nordischen Länder auf Gleichheit ab, das heißt auch Väter werden dort als Kinderbetreuende gesehen. Hinsichtlich der Kinder spiegelt sich der Gleichheitsaspekt in dem Grundverständnis, dass für das Kindeswohl allen Kindern eine frühe und gleiche Förderung anzugedeihen sei. Die Familienpolitiken der nordischen Länder würden entsprechend auf die auf Gleichheit ausgerichtete Trias von Zeit, Einkommen – nicht Beihilfen – und Infrastruktur abstellen.

### Familienzeitpolitik nordischer Länder am Beispiel von Elternzeit

Im Weiteren stellte Dr. Neyer den Teilnehmer/innen die verschiedenen Elternzeitmodelle vor. Zusammengefasst seien diese gekennzeichnet durch das Fehlen einer strikten Trennung von Mutterschutz und Elternzeit, so gebe es zwar ein Beschäftigungsverbot von im Allgemeinen zwei Wochen (gemäß der EU-Richtlinie) jedoch keinen weiteren gesetzlichen Mutterschutz. Zudem würde der Einkommensersatz zwischen 70 und 100 Prozent liegen. Zentral sei, dass die Elternzeit als ein Recht der Eltern und Kinder verstanden würde, das als solches auch von Arbeitgeber/innen respektiert werde. Tendenzen der letzten Jahre seien eine Ausdehnung der Elternzeit, die mit der Einführung von Väternzeiten einhergehe sowie eine Flexibilisierung der Nutzungsmöglichkeiten.

### Kinderbetreuungszeiten in Frage gestellt

Ein weiteres familienzeitpolitisches Instrument sind „Kinderbetreuungszeiten“. Diese seien vergleichsweise neu in den skandinavischen Ländern (ausgenommen Finnland) und stünden zudem bereits wieder auf dem Prüfstand, so Dr. Neyer. Mit den sogenannten „Kinderbetreuungszeiten“ würden Eltern unterstützt, deren Kind/er – bis zum vollendeten dritten Lebensjahr – nicht in einer öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtung betreut würden. Dabei unterscheide sich die Ausgestaltung in den einzelnen Ländern, beispielsweise würde in Norwegen und Finnland ein Anspruch auf Kinderbetreuungszeit unabhängig von der Erwerbstätigkeit bestehen, während in Schweden der andere Elternteil



„Die Elternzeiten wurden in den letzten Jahren meist dann ausgeweitet, wenn die sogenannten Väterzeiten eingeführt oder erweitert wurden.“

Assoc. Prof. Dr. Gerda Neyer,  
Stockholm University



## Elternzeitmodelle in Dänemark, Island und Schweden im Vergleich

|          |   |
|----------|---|
| Dänemark | <p>Insgesamt 50 Wochen Elternzeit:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• davon 18 Wochen für die Mütter, davon 14 Wochen nach der Geburt und davon wiederum die ersten zwei Wochen verpflichtend,</li><li>• die übrigen 32 Wochen können von Mutter und oder Vater genommen werden und sind verlängerbar auf 40-46 Wochen.</li></ul> <p>Zudem gibt es eine Vaterzeit von zwei Wochen in den ersten zwei Wochen nach der Geburt. Die Höhe des Elterngeldes beläuft sich je nach Tarifvertrag auf bis zu 100 Prozent oder 70 Prozent des Arbeitslosengeldes.</p>  |
| Island   | <p>Insgesamt neun Monate Elternzeit:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• drei Monate für Mütter, davon die ersten zwei Wochen nach der Geburt verpflichtend,</li><li>• drei Monate für die Väter,</li><li>• drei Monate sind individuell teilbar zwischen den Eltern.</li></ul> <p>Die Höhe des Elterngeldes beträgt 80 Prozent des vorangegangenen Einkommens. Aktuell ist eine Reform der Elternzeit auf 5+5+2 Monate ab 2016 geplant.</p>  |
| Schweden | <p>Insgesamt 480 Tage Elternzeit:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• zwei Wochen Mutterschutz nach der Geburt,</li><li>• 60 Tage für die Mütter,</li><li>• 60 Tage für die Väter,</li><li>• 360 Tage für beide Elternteile, wobei diese hälftig aufgeteilt oder auf den jeweils anderen übertragen werden können.</li></ul> <p>Die Elternzeittage können ganz-, halb-, viertel- oder achteltägig bis zum 12. Lebensjahr des Kindes genommen werden, 80 Prozent jedoch vor dem 4. Lebensjahr.</p> <p>Die Höhe des Elterngeldes beträgt 77,6 Prozent für 390 Tage und einen Fixbetrag für 90 Tage. Zudem gibt es eine „Speed Prämie“: Wenn das darauffolgende Kind innerhalb von 30 Monaten geboren wird, wird das Elterngeld auf Basis des Einkommens vor dem vorangegangenen Kind berechnet. Nimmt der Vater mehr als 60 Tage Elternzeit, gibt es einen Vaterbonus.</p> <p>Darüber hinaus besteht ein Anspruch auf Auszeit für die Betreuung eines kranken Kindes von 120 Tagen je Kind unter 12 Jahren. Davon sind 60 Tage auch im Krankheitsfall der Kinderbetreuung einsetzbar. Der Anspruch ist nicht auf Eltern beschränkt und es wird ein Einkommensersatz von 77,6 Prozent gezahlt.</p> |

Quelle: International Network on Leave Policies and Research 2013 and Nordic Network Research Project „Nordic Family Policies and Demographic Consequences“ funded by The Research Council of Norway.



berufstätig oder im Studium befindlich sein muss. Infrage gestellt würde das Konzept der Kinderbetreuungszeit deswegen, weil es einen negativen Effekt auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen habe, Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung zwischen Frauen mit geringerer Ausbildung beziehungsweise mit Migrationshintergrund und Frauen mit hoher Ausbildung mit sich bringe sowie Kinder aus benachteiligten Familien vom Besuch von Kinderbetreuungseinrichtungen fernhalte. Dies laufe dem Grundprinzip der nordischen Familienpolitiken zuwider, erläuterte Dr. Neyer.

## Väterbeteiligung auch in nordischen Ländern eine Herausforderung

Sie überraschte die Teilnehmenden mit der Aussage, dass auch in den aktuellen familienpolitischen Debatten der nordischen Staaten die Väterbeteiligung eine Herausforderung sei. Zwar würde zum Beispiel in Schweden der überwiegende Teil der Väter Elternzeit nehmen, allerdings weniger als ein Viertel der insgesamt möglichen Zeit. Zudem herrsche Unwissenheit über die konkrete Ausgestaltung der väterlichen Elternzeit. Dies werde derzeit in einem Forschungsprojekt der Universität Stockholm erforscht, um so möglicherweise passendere Modelle für eine stärkere Beteiligung von Vätern an der Kinderbetreuung entwickeln zu können.

## Anschließende Diskussion:

### Eine kinder- und familienbewusste Kultur ist Grundlage

Die weiterführende Diskussion befasste sich mit der Frage, wie Arbeitgeber/innen mit derart weitreichenden Rechten, wie im Falle der Kind-Krank-Regelungen in Schweden, umgehen. Hierzu stellte Dr. Neyer fest, dass die nordischen Staaten zum einen sehr familienfreundlich seien. Entsprechend hätten Kinder einen sehr hohen Stellenwert in der Gesellschaft, was dazu führe, dass die Krankheit des Kindes ebenso gehandhabt würde wie die eigene Krankheit eines Beschäftigten. Zum anderen würden die dortigen Arbeitgeber/innen stark auf die Bildung ihrer Beschäftigten setzen, weswegen es ohnehin häufige Rotation des Personals gebe.

Ein zweiter Strang der Diskussion zielte auf den Aspekt der Flexibilisierung ab. So bestünde in Deutschland die Problematik des fehlenden Rückkehrrechts aus Teilzeit zurück in Vollzeit. Dieses Problem gäbe es so in den nordischen Ländern eher nicht. Üblicherweise bliebe etwa in Schweden der Großteil der Mütter die ersten 12 Lebensmonate des Kindes zuhause und steige danach wieder in den Beruf ein. Manche stiegen auch schon vor dem ersten Lebensjahr des Kindes wieder graduell in den Beruf ein, etwa durch stundenweise oder tageweise Rückkehr, die im Rahmen des Elternzeitgesetzes möglich ist. Die Diskussion um weitere Flexibilisierungsmöglichkeiten der Elternzeitnutzung betreffe auch mehr die Väter als die Mütter. Über welche konkrete Betreuungsdauer in Kinderbetreuungseinrichtungen man überhaupt spreche, war eine andere Frage aus dem Kreis der am Fachgespräch beteiligten Expert/innen. Dr. Neyer räumte ein, dass es auch in den Nordischen Ländern nicht immer ganz unproblematisch wäre, einen Kinderbetreuungsplatz zu bekommen, insbesondere wenn ad hoc ein Betreuungsplatz wegen Berufseintritts oder Ortswechsels benötigt wird. In Dänemark gäbe es einen Anspruch ab dem vollendeten sechsten, in den anderen Staaten ab dem 12. Lebensmonat.



## Taktgeber Arbeitswelt: Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf im europäischen Vergleich



„Die höchste Unzufriedenheit mit der Work-Life-Balance gibt es in jenen europäischen Staaten, in denen die Arbeitszeiten am höchsten sind.“

Daphne Ahrendt, Eurofound

Daphne Ahrendt zeigte entlang des Eurofound Quality of Life Survey (EQLS) wie eng Lebensqualität und Arbeit miteinander verknüpft sind und wie stark der Zeitfaktor die Lebenszufriedenheit beeinflusst. Hierzu präsentierte sie zunächst Daten zur durchschnittlichen Arbeitszeit pro Woche in Europa sowie zu der jeweils aufgewendeten Zeit für Kinderbetreuung und Pflege: So läge die durchschnittliche Arbeitszeit je Woche in Europa bei 39 Stunden. Dabei gäbe es jedoch große Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten, beispielsweise sei die Arbeitswoche in den Niederlanden mit durchschnittlich 35 Wochenstunden am niedrigsten und mit 45 Stunden in Griechenland am höchsten. Auch die Anzahl der Stunden, die wöchentlich für die Kinderbetreuung durch berufstätige Eltern aufgebracht werden, variiert in den EU-Mitgliedstaaten. Im Durchschnitt läge sie bei 23 Stunden, wobei die Kinderbetreuung in Großbritannien und Irland mit 47 beziehungsweise 44 Stunden wöchentlich bereits einem zweiten Vollzeitjob entspreche. Zudem sei die Zeitverteilung zwischen den Geschlechtern nach wie vor sehr unterschiedlich, so würden erwerbstätige Frauen im EU-Durchschnitt 28 Stunden und Männer im Durchschnitt nur 18 Stunden für die Kinderbetreuung aufwenden. Interessanter Weise sei die Verteilung – sowohl im Ländervergleich als auch im Vergleich der Geschlechter – hinsichtlich der Pflege von pflegebedürftigen Angehörigen weit weniger unterschiedlich.

### Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible Arbeitszeitregelungen

Neben der reinen Anzahl von aufgewendeten Stunden für die verschiedenen Lebensbereiche frage der EQLS auch nach den Arbeitsplatzbedingungen und dabei unter anderem nach den Einflussmöglichkeiten der Beschäftigten auf die eigene Arbeitszeit. Hier zeige sich, dass Frauen weniger Einflussmöglichkeiten als Männer hätten. Und auch in diesem Punkt unterscheiden sich die einzelnen Länder deutlich von einander, so berichteten mehr als 60 Prozent aller Erwerbstätigen in den nordischen Staaten Dänemark, Finnland und Schweden, dass sie Start- und Endzeiten ihrer Arbeit beeinflussen könnten, während dies in Bulgarien, Ungarn, Slowenien und in der Slowakei nur 30 Prozent der Erwerbstätigen könnten. Grundsätzlich würden jedoch flexible Arbeitszeitarrangements als „der Weg“ zur besseren Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben betrachtet.

Betrachte man nun die verschiedenen Daten im Kontext miteinander, dann falle auf, dass die Erwerbstätigen, die mit ihrer Work-Life-Balance am unzufriedensten sind, in den Ländern mit den höchsten Arbeitszeiten leben. Insgesamt zeige der Survey, dass 22 Prozent der Erwerbstätigen europaweit unzufrieden mit der Vereinbarkeit von



Berufs- und Privatleben sind, wobei die Werte mit über 30 Prozent in Griechenland, Lettland und Spanien am höchsten und mit unter 10 Prozent in Dänemark, den Niederlanden und Schweden am niedrigsten seien.

## Pflege belastet stärker als Kinderbetreuung

In einem nächsten Schritt stellte Ahrendt dar, wie die Belastung durch das Verhältnis von Arbeit und familiärer Sorge empfunden wird. So erfragt der EQLS auch, ob die Befragten nach der Arbeit zu müde seien, um die Hausarbeit zu übernehmen, ihre familiäre Verantwortung unter ihrer Arbeit leide und ob die Befragten wegen ihrer familiären Aufgaben Konzentrationsschwierigkeiten während der Arbeit hätten. Hier zeige sich, so Ahrendt, dass die Unterschiede zwischen den Geschlechtern weniger groß seien als jene hinsichtlich des Arbeitsumfangs. Eurofound hätte aus diesen drei Fragen einen „Belastungsindex“ gebildet. Dieser zeige zum einen, dass insbesondere Familien aus den neueren EU-Mitgliedstaaten einer höheren Belastung ausgesetzt seien als aus den vornehmlich westlichen EU-Staaten. Zudem zeige sich jedoch, dass Erwerbstätige, die neben ihrer Erwerbstätigkeit täglich Pflegeaufgaben bei pflegebedürftigen Angehörigen übernehmen, deutlich stärker belastet würden als solche, die täglich in Kinderbetreuung involviert würden.

Dieser Aspekt sei vor dem Hintergrund des demografischen Wandels besonders wichtig. Daher fokussierte Ahrendt im Weiteren auf Erwerbstätige mit Pflegeaufgaben. Zentrale Erkenntnisse seien hier zum einen, dass die bereits erwähnten Belastungen von Arbeit und Pflege stärker ausfielen als bei Erwerbstätigen ohne Pflegeaufgaben. Zum anderen sei jedoch das psychische und physische Wohlbefinden von Erwerbstätigen mit Pflegeverantwortung besser als jenes von nichterwerbstätigen Pflegenden. Es sei dem Wohlbefinden von Nicht-Pflegenden sogar nahezu gleich. Es müsse also Bestreben sein, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu ermöglichen und weiter zu stärken. Noch gäbe es europaweit zu wenig explizit auf diese Herausforderungen abzielenden Maßnahmen.

## Vereinbarkeitsinstrumente – Bedarf und Umsetzung

Ahrendt schloss ihren Input mit Erkenntnissen aus einer aktuellen Untersuchung, die sich mit dem demografischen Wandel und den Politiken für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie befasst und deren Ergebnisse im vierten Quartal 2014 veröffentlicht werden sollen. Ziel der Untersuchung sei es, Entwicklungen für umfassende Ansätze für eine bessere Vereinbarkeit zu identifizieren. Zudem untersucht die Studie Übereinkommen zwischen Sozialpartnern und Regierungen und erforscht Barrieren und unterstützende Faktoren in der Umsetzung. Dabei würde die Untersuchung darauf hinweisen, dass jedes Land seinen eigenen Ansatz und individuelle Mischung aus Maßnahmen habe. Trotz allem ließen sich drei Ländergruppen ausmachen, die eine





ähnliche Vorgehensweise hätten: So würden nordische Staaten dazu tendieren, institutionalisierte und vom Staat finanzierte Pflege anzubieten. Mitteleuropäische Staaten würden auf Pflegeversicherungen setzen, während in den Staaten Südeuropas Pflege als innerfamiliär zu leistende und insbesondere als weibliche Aufgabe betrachtet würde. Entsprechend gebe es dort auch den höchsten Anteil von nichterwerbstätigen Pflegenden.

Im Rahmen dieser Untersuchung habe Eurofound ähnlich der Maslowschen Bedürfnispyramide eine Bedürfnispyramide der Pflegenden – bezogen auf konkrete Unterstützungsmaßnahmen – gebildet und diese den derzeitigen Maßnahmen in den EU28-Staaten gegenübergestellt. Dabei fällt auf, dass die als elementar angesehenen Bedürfnisse nach Arbeitszeitflexibilität und dem Recht auf Arbeitszeitreduzierung nur in 18 von 28 Staaten vorhanden sind. Allerdings gäbe es in 21 Staaten das Anrecht auf kurze Auszeiten, was jedoch in der Bedürfnispyramide eher eine nachgeordnete Rolle spielt. Diese Gegenüberstellung zeige sehr schön, dass die aktuell vorherrschenden Instrumentarien und Maßnahmen zur Unterstützung von Sorgenden an der Lebenswirklichkeit und den Bedarfen dieser vorbei gehen.

### **Anschließende Diskussion: Familienpolitische Maßnahmen sind immer im Kontext zu sehen**

In der nachfolgenden Diskussion unterstrichen die Expert/innen die Notwendigkeit pflegende Angehörige zu stärken. Als zentrale Erkenntnis kristallisierte sich zudem heraus, dass einzelne Maßnahmen nie modellhaft eins zu eins übernommen werden könnten, da sie stets vor dem Hintergrund landestypischer Entwicklungen und Gegebenheiten entstanden seien, ohne deren Reflexion im schlimmsten Fall gegenteilige Effekte erzeugt werden könnten.



September 2014

Herausgeberin:  
Arbeitsgemeinschaft der deutschen  
Familienorganisationen (AGF) e. V.

Redaktion:  
Sonja Fischer, Sven Iversen, Nicole Rauschenberg

Bildnachweise:  
AGF e.V.  
S.8 - Fotomek / Fotolia.com

Layout & Satz:  
manuka.p.r



Die AGF setzt sich für die Interessen und Rechte von Familien in Politik und Gesellschaft ein und fördert den Dialog zwischen den Verbänden und Interessenvertretungen der Familien und den Verantwortlichen der Familienpolitik.

**Kontakt und Informationen:**

**Arbeitsgemeinschaft der deutschen  
Familienorganisationen (AGF) e. V.**

**Einemstraße 14  
10785 Berlin**

**Fon: 030/2902825-70  
Fax: 030/2902825-89**

**E-Mail: [info@ag-familie.de](mailto:info@ag-familie.de)  
Web: [www.ag-familie.de](http://www.ag-familie.de)**

Die AGF wird gefördert vom



Deutscher Familienverband (DFV) · evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf) · Familienbund der Katholiken (FDK)  
Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) · Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf)